



Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)
Community of Protestant Churches in Europe (CPCE)
Communión d'Eglises Protestantes en Europe (CEPE)



Mario Fischer | Martin Friedrich (Hrsg. | Eds.)

Kirche – Volk – Staat – Nation

Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis

Church – People – State – Nation

A Protestant Contribution on
a Difficult Relationship



Leuenberger Texte

Kirche – Volk – Staat – Nation
Church – People – State – Nation

Leuenberger Texte / Leuenberg Documents

Nr. 7

Im Auftrag des Rates der
Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa

Mandated by the Council of the
Community of Protestant Churches in Europe

Herausgegeben von / edited by Mario Fischer

Kirche – Volk – Staat – Nation

**Ein protestantischer Beitrag zu einem
schwierigen Verhältnis**

Beratungsergebnis der Regionalgruppe
Süd- und Südosteuropa der
Leuenberger Kirchengemeinschaft

Church – People – State – Nation

**A Protestant Contribution on a
Difficult Relationship**

Report of the Discussions in the South and
Southeast Europe Regional Group
of the Leuenberg Church Fellowship

Herausgegeben von / Edited by
Mario Fischer & Martin Friedrich



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich
geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheber-
rechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und
strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Über-
setzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und
Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Kai-Michael Gutschmann, Leipzig
Coverbild: © Adél Dávid
Satz: Steffi Glauche, Leipzig
Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-06020-7
www.eva-leipzig.de

Inhalt/Content

Vorwort (zur zweiten Auflage)	9
Foreword (to the second edition)	14
Vorwort (zur ersten Auflage 2002)	18
Foreword (to the first edition 2002)	20

Kirche – Volk – Staat – Nation

Ein protestantischer Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis	23
---	-----------

Vorwort	25
----------------------	-----------

1 Einführung	28
---------------------------	-----------

2 Klärungen	32
--------------------------	-----------

2.1 Anthropologische Zugänge	32
------------------------------------	----

2.2 Klärung der Phänomene und Begriffe	35
--	----

3 Kirche im Spannungsfeld von Volk, Staat und Nation – historische Einsichten	43
--	-----------

3.1 Die Reformation im Kontext der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung	43
---	----

3.2 Neuzeitliche Entwicklung	45
------------------------------------	----

3.3 Zur gegenwärtigen Situation	47
---------------------------------------	----

3.4 Einsichten aus der geschichtlichen Entwicklung	50
---	----

4 Beispiele	52
--------------------------	-----------

4.1 Transleithanisches Mitteleuropa	52
---	----

4.2 Tschechische Republik	56
---------------------------------	----

4.3 Österreich	57
----------------------	----

4.4 Deutschland	58
-----------------------	----

4.5 Frankreich	60
----------------------	----

4.6 Methodistische Kirchen	62
----------------------------------	----

5	Biblische Grundlagen und konstitutive theologische Einsichten	64
5.1	Biblische Orientierung	64
5.2	Anmerkungen zum Verständnis von Kirche	66
5.3	Anmerkungen zum Verständnis von Volk und Völkern	67
5.4	Anmerkungen zum Verständnis von Nation	71
5.5	Spannungspotentiale	75
6	Gegenwärtige Herausforderungen	76
6.1	Die Gefahr des Nationalismus	76
6.2	Kriterien für den Umgang der Kirchen mit Volk, Nation, Staat und Gesellschaft	79
6.3	Stellung und Aufgaben der Leuenberger Kirchengemeinschaft im zusammenwachsenden Europa	84

Anhang

A	Mehrsprachiges Glossar zu den Begriffen Volk, Staat und Nation	91
1	Deutsch	91
2	Englisch	97
3	Französisch	100
4	Italienisch	102
5	Polnisch	104
6	Tschechisch	107
7	Ungarisch	110
B	Verzeichnis der Mitglieder der Regionalgruppe Süd- und Südosteuropa	114

Church – People – State – Nation

A Protestant Contribution on a Difficult Relationship . 117

Preface	119
1 Introduction	122
2 Clarification	126
2.1 Anthropological factors	126
2.2 Clarification of phenomena and concepts	129
3 The Church in the tension between People, State and Nation – historical insights	136
3.1 The Reformation in the context of social and political development	136
3.2 Modern developments	138
3.3 Current situation	140
3.4 Insights gained from the historical development ...	143
4 Examples	145
4.1 Transleithanic Central Europe	145
4.2 Czech Republic	148
4.3 Austria	150
4.4 Germany	151
4.5 France	153
4.6 Methodist Churches	154
5 Biblical bases and constitutive theological insights	156
5.1 Biblical orientation	156
5.2 Explanatory notes on the understanding of church ..	158
5.3 Explanatory notes on the understanding of people and peoples	159
5.4 Explanatory notes on the understanding of nation ..	163
5.5 Potential tensions	166

6	Current Challenges	167
6.1	The danger of nationalism	167
6.2	Criteria for the churches' relation to people, nation, state and society	169
6.3	Position and tasks of the Leuenberg Church Fellowship in European integration	174

Appendices

A	Multilingual Glossary on the Concepts of People, State and Nation	180
1	German	180
2	English	185
3	French	187
4	Italian	189
5	Polish	191
6	Czech	194
7	Hungarian	197
B	List of the Members of the South and Southeast Europe Regional Group	201

Vorwort (zur zweiten Auflage)

Europa befindet sich im Wandel. Galt jahrelang der europäische Einigungsprozess fast unhinterfragt als eine notwendige Entwicklung, auf welche sich alle europäischen Staaten einzulassen haben, wollen sie für ihre Bewohnerinnen und Bewohner Wohlstand, Sicherheit, Gleichheit vor dem Gesetz und vielfältige Freiheiten gewährleisten, so sind in den vergangenen Jahren auch grundsätzliche Anfragen an den Sinn und die Notwendigkeit der Europäischen Union gestellt worden. Die Anfragen kommen sowohl von Seiten nationalistischer Populisten, die die Identität und Entfaltung ihres Volkes innerhalb des politischen Systems der EU gefährdet sehen, als auch von Seiten radikaler Wirtschaftskritiker, die in der EU lediglich ein alles dominierendes Wirtschaftssystem erkennen wollen.

Solche Fundamentalkritik am europäischen Einigungsprozess geht mit einer Entsolidarisierung einher. Sie zeigte sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Frage nach dem Umgang mit Staaten, deren Staatsdefizit bedrohliche Ausmaße annimmt, und sie zeigt sich weiterhin in der Diskussion, wie in Europa Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten, angemessen auf verschiedene Staaten verteilt werden. Die Tatsache, dass die EU als Sündenbock für zahlreiche offensichtliche soziale und wirtschaftliche Missstände herhalten musste, führte im Referendum über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU am 23. Juni 2016 erstmals dazu, dass die Bevölkerung für den Austritt eines Mitgliedsstaates aus der EU votierte.

Der sog. Brexit und auseinanderstrebende Tendenzen in manchen EU-Staaten führten zu einer wachsenden Nachfrage nach einem kleinen Text der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE), der im Jahr 2002 unter dem Titel »Kirche – Volk – Staat – Nation« erschienen war. Erarbeitet wurde er von der Süd- und Südosteuropagruppe, einer Regionalgruppe der GEKE, unter anderen historischen und politischen Vorzeichen: Mitte der 1990er Jahre stand das politische Klima in Europa

noch ganz unter dem Eindruck des Falls des Eisernen Vorhangs. Verschiedene Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts konnten neu oder erstmals ihre nationale Freiheit leben. Diese Studie war daher auch ein wichtiger Beitrag für den Selbstfindungsprozess dieser Staaten.

Als die Süd- und Südosteuropagruppe das Lehrgespräch zu dem Thema »Kirche – Volk – Staat – Nation« begann, waren die Kriege des Balkankonflikts noch in vollem Gange und forderten täglich Todesopfer. Die Hoffnung, die mit dem europäischen Einigungsprozess verbunden war: »Nie wieder Krieg auf europäischem Boden!«, hatte sich nicht erfüllt. Zwar konnte die EU bis heute nach innen Jahrzehnte des Friedens gewährleisten, doch in ihrer direkten Nachbarschaft kam es zum Krieg auf europäischen Boden. Der aufkeimende Nationalismus hatte sich in Gewalt entladen. So war es wichtig, dass die Regionalgruppe, auf deren Gebiet der Krieg zwischen Volksgruppen, Völkern und Staaten tobte, sich mit dem Verständnis von Kirche, Volk und Staat und dem Verhältnis der Kirche zu diesen Größen beschäftigte. Es zeigte sich, wie sehr Konflikte in Europa bis heute herrühren von geschichtlich bedingten Grenzziehungen, dem überhöhten Konzept des Nationalstaats und der Tatsache, dass sich die Siedlungsräume der meisten Nationen nicht mit den Grenzen der entsprechenden Staaten decken. Die Kirchen sind oft in die Konflikte verwoben, da sie geschichtlich mit einzelnen Nationen oder Volksgruppen besonders eng verbunden sind. So dient die konfessionelle Zugehörigkeit in vielen Gegenden geradezu als Identitätsmerkmal zur Identifizierung anderer Volksgruppen, und so kann es für Außenstehende erscheinen, als seien manche ethnische Konflikte konfessioneller oder religiöser Natur.

Seit dem Erscheinen dieser Studie ging die Einigung Europas in der Europäischen Union mit großen Schritten voran. In der Zugehörigkeit zur größeren europäischen Familie ließen sich manche spannungsvolle Konfliktpotentiale überwinden. 2002 war der Euro als Gemeinschaftswährung auch sichtbar eingeführt worden, in der sog. ersten Osterweiterung traten 2004 die zehn Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slo-

wakei, Ungarn, Slowenien, Malta und die Republik Zypern der Europäischen Union bei, 2007 wurden Rumänien und Bulgarien und 2013 Kroatien in die EU aufgenommen. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union wurde als attraktiv angesehen. Alles schien, als ginge es immer weiter so. Doch heute sehen wir uns mit einer neuen Lage konfrontiert.

Durch die Formulierung des Brexit-Referendums, das nur »remain« oder »leave« zuließ, wurde eine falsche binäre Logik des Entweder-Oder eröffnet. Stattdessen gilt es zu betonen: Berechtigte Kritik am derzeitigen Zustand der EU muss nicht in die Forderung nach dem Rückzug in nationale Unabhängigkeit führen. Andererseits führt die Absage an nationalistische Tendenzen in Mitgliedsländern der EU nicht zwangsweise zu einer Rechtfertigung der EU, wie sie derzeit organisiert ist. Es gilt, sich weiterhin für eine Weiterentwicklung der demokratischen und ausgleichenden Strukturen der EU einzusetzen.

Die GEKE hat sich seit ihrer 5. Vollversammlung 2001 in Belfast vermehrt europapolitisch geäußert, z. B. anlässlich der EU-Wahlen, der Erarbeitung einer EU-Verfassung oder in Bezug auf Friedens- und Sozialfragen.¹ Bei der 8. Vollversammlung der GEKE 2018 in Basel ist es erstmals gelungen, in einem selbstkritischen Rückblick die nationalistischen Geschichtsdeutungen auf das Ende des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren gemeinsam zu überwinden. In dem unter dem Titel »Gemeinsam erinnern« verabschiedeten Friedenswort geht es um Schuld, Versöhnung, Flucht, Migration, Minderheiten sowie Demokratie und Zivilgesellschaft. Es wird betont, dass die territorialen Veränderungen und Grenzziehungen, der Zerfall der multiethnischen Großreiche und die Entstehung neuer Staaten in Europa und im Nahen Osten zu neuen Ungerechtigkeiten und Verwerfungen mit bis heute erheblichen Auswirkungen geführt haben.

¹ Vgl. Evangelisch in Europa. Sozialethische Beiträge, hg. von Michael Bünker, Frank-Dieter Fischbach und Dieter Heidtmann (Leuenberger Texte 15), Leipzig 2013.

Aufgrund neu wachsender Nationalismen in Europa erhielt auch die kritische Beschäftigung mit der Frage nach Volkszugehörigkeit, Nation und Staatsverständnis eine neue Relevanz. Dies führte dazu, dass die Studie »Kirche – Volk – Staat – Nation« nun vergriffen ist und die GEKE sie in einer Neuauflage veröffentlicht.

Der Text wird weitgehend unverändert gegenüber der ersten Auflage herausgegeben. Lediglich einige sprachliche und grammatische Korrekturen wurden vorgenommen. Wo der Lauf der Geschichte dazu geführt hat, dass Staaten, Kirchen oder Organisationen in den vergangenen Jahren ihren Namen geändert haben, wurde im Einzelfall entschieden. Die Regionalgruppe der GEKE, die den Text erarbeitet hat, hieß damals »Süd- und Südosteuropa«, heute lediglich »Süd-Ost-Europa«. Da auch die verbindlichen Beschlussfassungen der Vollversammlung zur Annahme des Textes abgedruckt sind, wurde der ursprüngliche Name in dieser Veröffentlichung beibehalten. Im Falle des damals noch bestehenden Jugoslawiens bzw. wo historische Bezugnahmen auf das Gebiet, das für eine historische Zeitspanne Jugoslawien hieß, erfolgen, steht auch weiterhin im Text »Jugoslawien«. Verschiedene Kirchen haben ihre Namen gewechselt, manche haben auch fusioniert. Wo dies den Text betroffen hat, wurde die heutige Bezeichnung der Kirche verwendet. So wurde z. B. die Synodal-presbyteriale evangelische Kirche A. B. in Rumänien, die in der ersten Auflage erwähnt wird, nun mit ihrem heutigen Namen »Evangelisch-Lutherische Kirche in Rumänien« genannt.

Die vorliegende Studie wurde einst von der 4. Vollversammlung der GEKE 1994 in Wien an die Regionalgruppe Süd- und Südosteuropa in Auftrag gegeben. Anknüpfend an die damaligen Arbeiten hat nun 24 Jahre später die 8. Vollversammlung der GEKE 2018 in Basel den Auftrag erteilt, über das evangelische Verständnis von Demokratie als Herausforderung von Kirche und Gesellschaft kritisch nachzudenken. Aufgrund ihrer Erfahrungen wurde die Regionalgruppe Süd-Ost-Europa gebeten, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Mit einem Ergebnis ist im Jahr 2024 zu rechnen. Wir erwarten davon, dass die evangelischen

Kirchen in Europa weiterhin einen Beitrag zur Überwindung selbstbezogener nationalistischer Tendenzen liefern und so in ihren jeweiligen Staaten und Nationen zu einer lebensfördernden Gesellschaft in Europa beitragen.

Wien, im Advent 2018

Dr. Mario Fischer

Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer
Kirchen in Europa

Foreword (to the second edition)

Europe is changing. After years of the process of European integration going virtually unchallenged as a necessary development that all European states were simply to go along with if they wanted to ensure their inhabitants prosperity, security, equality before the law and a wide range of freedoms, in recent years fundamental questions have started to be asked about the meaning and necessity of the European Union. These questions are being presented by both nationalist populists, who see a threat to the identity and development of their people within the political system of the EU, and by radical economic critics, who are keen to identify the EU as nothing other than a hegemonic economic system.

Such fundamental criticism of the European unification process goes hand in hand with diminishing solidarity. This became evident during the economic and financial crisis in the way states with national debt reaching perilous dimensions were treated, and it continues to manifest itself in the discussion of how to distribute the refugees forced to flee their homelands appropriately between different states in Europe. The fact that the EU had to endure being used as a scapegoat for numerous obvious social and economic malaises led to the first case of a population voting for a member state to leave the EU in the referendum held on 23 June 2016 in the United Kingdom.

The »Brexit« process and diverging tendencies in some EU states boosted demand for the short text entitled »Church – People – State – Nation« published by the Community of Protestant Churches in Europe (CPCE) in 2002. Different historical and political conditions prevailed when the South and Southeast Europe Group, a regional group of the CPCE, compiled this text. In the mid-1990s, the political climate in Europe was still heavily influenced by the fall of the Iron Curtain. Various states that had formerly belonged to the Warsaw Pact were able to experience national freedom again or for the first time. This study therefore made an important contribution to the process

of self-discovery that these states were undergoing at that point.

When the South and Southeast Europe Group embarked upon the doctrinal conversation on the topic of »Church – People – State – Nation«, the wars of the Balkan conflict were still raging at full force and killing people day by day. The hope of »Never again war on European soil!« attached to the European unification process had not been fulfilled. While the EU has been able to maintain peace within its borders for decades and to this day, war did break out on European soil right on its doorstep. Nascent nationalism had spawned violence. It was therefore important for this regional group, on whose territory this war between ethnicities, peoples and states was raging, to examine the understanding of church, nationality and state together with the relationship of the Church to these dimensions. The extent became evident to which conflicts in Europe to this day continue to stem from historically determined borders, the overriding concept of the nation state and the fact that the territories of most nations are not aligned with the corresponding state borders. The churches are often embroiled in the conflicts based on their particularly close historical ties with specific nations or ethnic groups. Thus, in many areas, confessional allegiance serves precisely as the distinguishing feature that draws the demarcation line between different ethnic groups. As a result, it can seem to outside observers as if certain ethnic conflicts stem from confessional or religious differences.

The unification process in Europe kept on moving forward with great strides after this study was published. Certain potential flashpoints for conflict were overcome by membership in the larger European family. The Euro started to circulate visibly as common currency in 2002. In 2004, the first round of expansion towards the East took place with the accession to the European Union of the ten states Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, the Czech Republic, Slovakia, Hungary, Slovenia, Malta and the Republic of Cyprus; after which, Romania and Bulgaria also joined in 2007, followed by Croatia in 2013. Membership of the European Union was considered attractive. It seemed as

if everything would continue along the same lines. But today we are confronted with a new situation.

The way the Brexit referendum was phrased, allowing only the straight choice between »remain« or »leave«, spawned an erroneously binary »either-or« logic. Instead, it needs emphasising that justified criticism of the current state of the EU does not have to spawn the demand to retreat into national independence. On the other hand, rejecting nationalist tendencies in the member states of the EU does not inevitably justify the EU in its current organisational form. There need to be ongoing efforts to develop the democratic and balancing structures further within the EU.

Since its 5th General Assembly in Belfast in 2001, the CPCE has increasingly issued statements on European politics, such as regarding the EU elections, the creation of an EU constitution, peace and social affairs.¹ During the 8th General Assembly in Basle in 2018, a self-critical review succeeded for the first time in jointly overcoming nationalistic slants in the historical interpretations of the end of the First World War one hundred years ago. The formally adopted message of peace addresses issues of guilt, reconciliation, exile, migration and minorities together with democracy and civil society. The missive emphasises that the territorial changes and drawing of borders, the collapse of multi-ethnic major empires and the emergence of new states in Europe and the Middle East led to new injustices and upheavals causing severe repercussions to this day.

The resurgence of nationalisms in Europe has also brought the critical examination of the concepts of nationality, nation and state back onto the agenda. As a result, stocks of the original print run of the study »Church – People – State – Nation« expired, leading the CPCE to publish a new edition.

This new text remains broadly unchanged from the first edition, apart from some linguistic and grammatical corrections. Wherever the course of history has brought about changes to

¹ Cf. Protestant in Europe. Socio-ethical contributions, ed. by Michael Bünker, Frank-Dieter Fischbach and Dieter Heidtmann (Leuenberg Texts 15), Leipzig: 2013.

the names of states, churches or organisations in the intervening years, editorial judgements were made on a case-by-case basis. The regional group of the CPCE that produced the original text was called »South and Southeast Europe Group« at the time, but has since been shortened to »Southeast Europe«. However, as the included authentic reproductions of the binding resolutions passed by the General Assembly in adopting this text cite the original name of the group, the former name is retained even in this new edition. Any references to the state and territory known as »Yugoslavia«, whether contemporary or historical at the time the text was originally written, when the state still existed, also remain unchanged. Various churches have been renamed in the meantime, and some have even merged. Wherever this applies to churches mentioned in the text, the current name replaces the old. For example, the »Synodal Presbyterial Protestant Church of the Augsburg Confession in Romania« cited in the first edition is now referred to under its current name, the »Evangelical-Lutheran Church in Romania«.

The South and Southeast Europe Group was initially commissioned by the 4th General Assembly of the CPCE in Vienna in 1994 to conduct this study. Building upon the original work at that time, 24 years later, the 8th General Assembly of the CPCE in Basle in 2018 called for critical reflection upon the Protestant perception of democracy as a challenge for church and society. On the basis of its previous experience in this field, the Southeast Europe Regional Group has been asked to take part in this undertaking. The outcome is expected in 2024. We anticipate that this will demonstrate how the Protestant churches in Europe continue to work towards overcoming egoistic nationalist tendencies and thus contribute in their respective states and nations to nurturing life-enhancing society throughout Europe.

Vienna, during Advent 2018

Dr Mario Fischer

General Secretary of the Community of
Protestant Churches in Europe

Vorwort (zur ersten Auflage 2002)

Die Ausarbeitung über »Kirche – Volk – Staat – Nation« wurde von der 4. Vollversammlung der Leuenberger Kirchengemeinschaft in Wien 1994 in Auftrag gegeben. Den Delegierten jener Vollversammlung standen drei Sachverhalte vor Augen. Zum einen verlangten die ekklesiologischen Aussagen des Dokumentes »Die Kirche Jesu Christi«, das die Wiener Vollversammlung einstimmig verabschiedet hatte (s. Leuenberger Texte 1), nach weiteren Konkretionen. Besonders dringend erschien es, die Aufgaben der Kirche in den pluralistischen Gesellschaften Europas (Kapitel II der Kirchenstudie) weiter zu entfalten. Zum anderen hatten die politischen Umwälzungen der Wende von 1989, zumal im ost- und mitteleuropäischen Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion, ein neues Nationalitätsbewusstsein geschaffen, das zum Teil zu mörderischen nationalistischen Konflikten führte (Zerfall Jugoslawiens). Schließlich galt es, einen besonderen Beitrag der Leuenberger Kirchengemeinschaft für die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung 1997 in Graz bereitzustellen. Dieser Aufgabe wurde von der Süd- und Südosteuropagruppe mit dem Thesenpapier zum Thema »Kirche, Staat, Volk und Nation« nachgekommen.

Von den dramatischen Kontexten der mittel-, ost- und südosteuropäischen evangelischen Kirchen her lag es nah, die Regionalgruppe Süd- und Südosteuropa der Leuenberger Lehrgespräche mit der Behandlung und Durcharbeitung der Thematik zu beauftragen. Die Regionalgruppe hat sich in den Jahren 1995–1998 intensiv mit dem Verhältnis von Kirche, Volk, Staat und Nation beschäftigt. Über den Erarbeitungsprozess gibt die Studie selbst in ihrer Einleitung Auskunft. Nach der Bereitstellung des Thesenpapiers für die Grazer Ökumenische Versammlung entstand der erste Entwurf eines Votums im Jahre 1998 und wurde den Mitgliedskirchen der Leuenberger Kirchengemeinschaft zur Stellungnahme zugeschickt. Aufgrund und in Aufnahme der eingegangenen Stellungnahmen konnte ein Ergebnistext fertiggestellt werden, der dann auf der 5. Vollver-

sammlung der Leuenberger Kirchengemeinschaft in Belfast 2001 diskutiert wurde.

Die Vollversammlung in Belfast hat das Dokument »Kirche – Volk – Staat – Nation. Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis« mit Dank entgegengenommen. Dabei wurde festgestellt, dass dieses Dokument der Frage nachgehe, »wie das Verhältnis Kirche – Volk – Staat – Nation theologisch verantwortet zu verstehen und zu gestalten ist und was als Beitrag des Protestantismus zum Aufbau demokratischer Staatsformen in einem zusammenwachsenden Europa erwartet werden kann«. An die Mitgliedskirchen gewendet heißt es im Abschlussbericht der Vollversammlung: »Die Vollversammlung bittet die Kirchen, das Lehrgesprächsergebnis aufzunehmen und bei weiteren Arbeiten zum Thema ›Kirche – Volk – Staat – Nation‹ zu berücksichtigen.«

Vielen Personen und Kirchen ist zu danken für ihre Mitarbeit an dem Dokument und seiner Publikation. Allen voran der Regionalgruppe »Süd- und Südosteuropa« mit ihren beiden Vorsitzenden, dem verstorbenen bayerischen Landesbischof Dr. D. Johannes Hanselmann sowie seinem Nachfolger in der Leitung dieser Regionalgruppe, Prof. Dr. Joachim Track. Die kundige und sorgfältige Geschäftsführung lag in den Händen von Herrn Michael Martin und Herrn Thomas Prieto Peral zusammen mit Frau Elfriede Krick. Die englische Übersetzung haben Frau Margaret A. Pater und Frau Hera Moon angefertigt, dabei konnten sie sich der Beratung von Prof. Dr. Alasdair Heron (Erlangen) erfreuen. Im Sekretariat wurde die Drucklegung von Dr. Christine-Ruth Müller, Dr. Martin Friedrich, Dr. Mark Pockrandt und Hera Moon vorbereitet und sorgfältig Korrektur gelesen. Der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und der Evangelischen Kirche der Union ist für die Druckkostenzuschüsse zu danken.

Berlin, im August 2002

Wilhelm Hüffmeier